



## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987  
hier: Einzelplan 03 - Innenminister  
- Drucksache 10/1250, 10/1470 und 10/1540 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Innere Verwaltung

Berichterstatter Abgeordneter Frechen SPD

### Beschlußempfehlung

Einzelplan 03 - Innenminister - wird mit den aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

BerichtA Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Einzelplan 03 des Innenminister in seinen Sitzungen am 25. September und 6. November 1986 erörtert und die Beratungen durch Abstimmung in der Sitzung am 4. Dezember 1986 erledigt. Mit in die Beratungen einbezogen wurden dabei die Vorlagen des Innenministers mit der Übersicht über Planstellen und Stellen für das Haushaltsjahr 1987 (Vorlage 10/557), sowie ein Gesamtüberblick über den Einzelplan 03 (Vorlage 10/570).

Gegenstand der Beratungen waren darüber hinaus die Vorlagen des Innenministers mit zusätzlichen Erläuterungen zu den Etatsätzen für die Bezirksplanungsräte im Haushaltsentwurf 1987 (Vorlage 10/606), eine Darstellung der Bewirtschaftung der Stellen für den Polizeivollzugsdienst (Vorlage 10/629), die alljährlich zu erstellende Übersicht über die im Polizeivollzugsdienst geleistete Mehrarbeit und deren Ausgleich (Vorlage 10/687), sowie eine Stellungnahme zu den Auswirkungen der Zusammenlegung der Stellenpläne der Schutz- und Kriminalpolizei (Vorlage 10/764). Zu den Haushaltsberatungen lagen darüber hinaus vor eine Zuschrift der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Nordrhein-Westfalen, vom 6. August 1986 mit den Erwartungen und Forderungen zum Polizei-etat 1987 (Zuschrift 10/485), eine Dokumentation des Bundes Deutscher Kriminalbeamter zur Verbrechensbekämpfung (Zuschrift 10/505), ein Forderungskatalog der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen (Zuschrift 10/544), sowie eine Stellungnahme der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund zum Landeshaushalt 1987 (Zuschrift 10/595).

Obwohl der Landtag durch Beschluß vom 18. September 1986 das Haushaltsgesetz mit der Maßgabe an die Fachausschüsse überwiesen hat, daß die Beratung des Personalhaushalts im Haushalt- und Finanzausschuß erfolgen soll, hat der fachlich zuständige Ausschuß für Innere Verwaltung auch diesen Bereich beraten und über Änderungsanträge im Personalhaushalt abgestimmt.

Die CDU-Fraktion nimmt an, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung durch die Bundesregierung in naher Zukunft eine Änderung erfährt, was zu einer Verbesserung der Besoldungssituation im Polizeivollzugsdienst führen könnte. Damit die Verordnung eine Ausschöpfung durch den Landesgesetzgeber erfährt regt die CDU an zu überlegen, ob in § 7 Abs. 11 des Haushaltsgesetzes folgende Ermächtigungen aufgenommen werden sollte:

"Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses Planstellen für Beamte der Laufbahngruppen des mittleren Polizeivollzugsdienstes zu heben, wenn die durch Verordnung der Bundesregierung vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2165) für dies Laufbahngruppe festgesetzten Obergrenzen für die Anteile der Beförderungämter geändert werden."

Die Bitte um Prüfung durch den Haushalts- und Finanzausschuß fand einhellige Zustimmung.

Zur 2. Lesung kündigte die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag an mit dem sie die Landesregierung auffordern will,

- unverzüglich eine objektive Bestandsaufnahme hinsichtlich der derzeit stattfindenden Aufgabenerfüllung bei Schutzpolizei und Kriminalpolizei zu erstellen und vorzulegen, um bestehende Defizite zu dokumentieren,

- auf der Basis dieser Bestandsaufnahme eine Prognoseentscheidung hinsichtlich der künftigen Aufgabenstellung der Polizei zu treffen und vorzulegen, sowie
- die zukünftige Bedarfsplanung im Hinblick auf Personal und sachliche Ausstattung so zu gestalten und zu realisieren, daß die Polizei in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben im Interesse der Bürger unseres Landes angemessen und sachgerecht zu erfüllen.

Die Fraktionen kamen überein, den Inhalt des Entschließungsantrages plenar in 2. Lesung zu debattieren und dabei auch auf die Einzelheiten einzugehen.

#### B Einzelberatung

##### Personaltitel

##### Kapitel 03 010

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Die F.D.P.-Fraktion stellte den Antrag diese beiden Haushaltsansätze um insgesamt 500 000 DM zu kürzen. Die beiden Kürzungsanträge sind Teil eines Gesamtpakets von Kürzungen, die der Finanzierung des von der Fraktion vorgelegten Entschuldungsgesetzes dienen soll; der Antrag wurde wie alle übrigen Kürzungsanträge der F.D.P. mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

##### Kapitel 03 110

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die F.D.P.-Fraktion hält auch im Interesse des Selbstverständnisses die Trennung der Stellenpläne zwischen Schutz- und Kriminalpolizei für erforderlich. Die in der letzten

Wahlperiode beschlossene Zusammenlegung habe keine Probleme beseitigt, sondern zu Revalitäten geführt. Nach Ansicht der SPD-Fraktion sind die Gründe, die zur Zusammenlegung geführt haben, nach wie vor zwingend. Sie lehnte deshalb den Antrag der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der Opposition- Fraktionen ab.

Kapitel 03 350

Titel 427 10 - Vergütung für nebenamtliche und  
nebenberufliche Tätigkeit

Auch der Kürzungsantrag der F.D.P.-Fraktion in Höhe von 850 000 DM zum obigen Titel wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Sachtitel

Kapitel 03 110

Titel 685 20 - Entwicklungsvorhaben "Polizeitypische Waffe"

Gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. wurde beschlossen, bei der Zweckbestimmung die Worte "und Atemalkoholanalyse" zu ergänzen. Mit dem gleichen Votum wurde beschlossen, die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen:

"Nach dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 3. Oktober 1986 ist die bald mögliche Bestimmung einer eigenen Meßgröße für den Nachweis der Atemalkoholkonzentration dringend erforderlich. Hierzu soll ein Gutachten unter dem Arbeitstitel "Atemalkoholanalyse" vom Bundesgesundheitsamt erstellt werden. Die Kosten belaufen sich auf 1. 010. 700 DM und werden entsprechend dem Finanzierungsschlüssel über die Polizei-Führungsakademie auf Bund und Länder umgelegt. Danach hat Nordrhein-Westfalen einen Anteil bis 219 300 DM zu tragen".

Die SPD-Fraktion ist zusammen mit dem Innenminister der Meinung, den Finanzierungsanteil aus dem Ansatz für das Entwicklungsvorhaben "Polizeitypische Waffe" zu entnehmen. Das von allen Ländern zur Optimierung der Atemalkoholanalyse befürwortete Gutachten wurde auch von den Oppositionsfraktionen grundsätzlich begrüßt, sie plädierten allerdings dafür, die Mittel für die Entwicklung der polizeitypischen Waffe nicht ganz zu streichen, da dieses Vorhaben bisher noch nicht als abgeschlossen betrachtet werde.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

Kapitel 03 110

Titel 747 00 - Baumaßnahmen im Unterkunftsbereich der Bereitschaftspolizei - Abteilung VII  
"Erich Klausener" in Schloß Holte-Stukenbrock -  
17. Teilbetrag -

Einstimmig angenommen wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, bei der Zweckbestimmung folgenden Vermerk auszubringen:

"Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen für diese Maßnahmen eingesetzt werden."

Die antragstellende Fraktion möchte durch diesen Vermerk sichergestellt wissen, daß die Baumaßnahmen im Unterkunftsbereich der Bereitschaftspolizeiabteilung VII im Jahre 1987 zügig fortschreiten können. Die SPD-Fraktion will zugleich durch diesen Vermerk sicherstellen, daß die in Hauptgruppe 7 pauschalierten Minderausgaben entsprechend dem Willen des Parlaments eingesetzt werden. Die CDU-Fraktion stimmte dem Antrag in der Zielrichtung zu. Sie merkte an, daß sie bereits mehrfach den Rückfluß der Haushaltsreste "am

Parlament vorbei "angemahnt habe, zeigte sich aber mit der Zielsetzung des Antrags einverstanden.

Kapitel 03 110

Titel 769 30 - Neubau für die Polizeistation  
Kalkar - 3. Teilbetrag -

Einstimmig wurde beschlossen, bei der Zweckbestimmung den gleichen Vermerk anzubringen wie zuvor bei der Baumaßnahme in Schloß Holte-Stukenbrock. In die Zweckbestimmung ist deshalb als Vermerk aufzunehmen: "Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen für diese Maßnahme eingesetzt werden."

Auch dieser Vermerk soll nach dem Willen der Regierungsfraktion gewährleisten, daß der Neubau in Kalkar zügig fortschreiten kann.

Kapitel 03 110

Titel 754 00 - Neubau für die Polizei in Viersen

Einstimmig angenommen wurde darüber hinaus die Anregung der Regierungsfraktion, die Landesregierung aufzufordern, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung gestellt werden, damit Mitte 1987 mit dem Neubau des Polizeigebäudes in Viersen begonnen werden kann. Nach Ansicht der SPD-Fraktion reichen die in Ansatz gebrachten 200 000 DM nicht aus, weshalb sie eine politische Absichtserklärung gegenüber der Landesregierung abgeben möchte, die sicherstellt, daß tatsächlich im nächsten Jahr mit der Baumaßnahme begonnen wird. Die CDU-Fraktion und auch die F.D.P.-Fraktion stimmten den Antrag zu, zumal auch nach ihrer Kenntnis der Neubau für die Polizei in Viersen dringend notwendig ist. Da jedoch alle Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 14 gebündelt

seien, bedürfe es im Prinzip nicht der Aufforderung seitens des Parlaments. In der Sache stimme sie allerdings dem Anliegen der Regierungsfraktion zu.

Eine Vielzahl weiterer Kürzungsanträge zu den Sachtiteln legte darüber hinaus die F.D.P.-Fraktion vor, die nachstehend aufgeführt sind und über die insgesamt abgestimmt wurde:

Kapitel 03 010 - Ministerium

- |       |        |   |                       |
|-------|--------|---|-----------------------|
| Titel | 515 10 | - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke | Kürzung um 82 000 DM  |
| Titel | 518 20 | - Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge              | Kürzung um 160 000 DM |
| Titel | 522 00 | - Verbrauchsmittel  | Kürzung um 5 000 DM   |

Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen

- |       |        |   |  |
|-------|--------|---|--|
| Titel | 525 10 | - Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten                       | Kürzung um 20 000 DM                   |
| Titel | 531 00 | - Öffentlichkeitsarbeit   | Kürzung um 20 000 DM                   |
| Titel | 539 00 | - Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen                       | Streichung des Ansatzes von 115 000 DM |
| Titel | 812 60 | - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen | Kürzung um 450 000 DM                  |

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des  
Landes Nordrhein-Westfalen

Titel 512 10 - Bücher und Zeitschriften Kürzung um 70 000 DM

Titel 515 12 - Fernmelde- und Funkanlagen Kürzung um 258 000 DM

Titel 527 10 - Reisekostenvergütungen für  
Dienstreisen Kürzung um 350 000 DM

Titel 546 30 - Kosten für den Umzug und  
die Verlegung von Dienst-  
stellen Kürzung um 191 000 DM

Titel 546 40 - Kosten für die Werbung  
und Einstellung von  
Nachwachskräften Kürzung um 200 000 DM

Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Titel 511 10 - Geschäftsbedarf Kürzung um 71 000 DM

Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegen-  
stände und Maschinen für  
Verwaltungszwecke Kürzung um 482 000 DM

Titel 518 20 - Mieten und Pachten für  
Geräte, Maschinen und  
Fahrzeuge Kürzung um 552 000 DM

Titel 522 00 - Verbrauchsmittel Kürzung um 139 000 DM

Titel 537 10 - Erstellung von Gutachten  
und Planungsunterlagen Kürzung um 50 000 DM

Titel 712 30 - Umbauarbeiten am Regierungs-  
dienstgebäude Düsseldorf -  
10. Teilbetrag - Kürzung um 1 000 000 DM

Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Aus-  
stattungs- und Ausrüstungs-  
gegenständen im Inland Kürzung um 1 704 000 DM

Kapitel 03 320 - Institut für öffentliche Verwaltung Nord-  
rhein-Westfalen

Titel 713 00 - Modernisierungs- und Ausbau-  
maßnahmen am Dienstgebäude  
des Instituts - 2. Teil-  
betrag - Kürzung um 1 000 000 DM

Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in  
Gelsenkirchen

Titel 713 00 - Erweiterung des Dienstgebäudes  
FHSÖV in Gelsenkirchen  
- 2. Teilbetrag - Streichung des Ansatzes von  
2 000 000 DM

Kapitel 03 370 - Fortbildungsakademie Attendorn

Titel 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstat-  
tungs- und Ausrüstungs-  
gegenständen Kürzung um 40 000 DM

Kapitel 03 410 - Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen

Titel 712 00 - Erweiterungsbau des Dienst-  
gebäudes des LVA - 7. Teil-  
betrag - Kürzung um 1 200 000 DM

Kapitel 03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik  
Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Titel 714 20 - Sanierung der Fassade des  
Dienstgebäudes Mauerstraße 51  
- 3. Teilbetrag - Kürzung um 760 000 DM

Kapitel 03 620 - Gemeinsame Gebietsrechenzentren Köln und Hagen

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmelde-  
gebühren Kürzung um 300 000 DM

Titel 517 10 - Bewirtschaftung der Grund-  
stücke, Gebäude und Räume Kürzung um 200 000 DM

Titel 522 00 - Verbrauchsmittel Kürzung um 250 000 DM

Titel 525 10 - Aus- (und Fort)bildung  
der Bediensteten Kürzung um 100 000 DM

Titel 538 00 - Ausgaben für Datenver-  
arbeitung Kürzung um 165 000 DM

Kapitel 03 820 - Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmelde-  
gebühren Kürzung um 20 000 DM

Sämtliche Kürzungsanträge wurde mit den Stimmen der SPD  
gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU  
abgelehnt.

Die Kürzungsanträge sollen nach dem Willen der F.D.P.-Fraktion die Mittel für das am 18. September 1986 in 1. Lesung eingebrachte Entschuldungsgesetz bereitstellen und so zur notwendigen Konsolidierung der Finanzen sowie helfen, die Schuldenaufnahme zu verringern. Die F.D.P.-Fraktion hofft, sich hierdurch größere Perspektiven politischen Handelns schaffen zu können.

Die CDU-Fraktion enthielt sich der Stimmen bei allen beantragten Kürzungen, da nach ihrer Einschätzung einige Kürzungsvorschläge durchaus sinnvoll erscheinen, andere aber weniger plausibel und nicht nachvollziehbar seien.

Die Regierungsfraktion lehnte sämtliche Kürzungsanträge ab, weil nach ihrer Einschätzung und Prüfung der Einzelplan 03 des Innenministers insgesamt sehr knapp bemessen sei und die dringend notwendigen Ansätze Kürzungen nicht zuließen. Aus dem gleichen Grunde wollte sie auch die Erhöhung des Ansatzes

Kapitel 03 110

Titel 812 60 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen

um 1 120 000 DM mit dem Ziel des Ausbaus der automatisierten Daten- und Vorgangsbearbeitung nicht zulassen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der CDU gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

Pohlmann

Vorsitzender